

der Kirche nicht möglich sein, an der Neuordnung der Welt auf der Grundlage der von den Päpsten der jüngsten Vergangenheit nachdrücklich verkündeten Grundsätze mitzuwirken. Klerus und Laien spüren heute mehr denn je ihre Verantwortung für die Welt. Ihre Verchristlichung ist vornehmste Aufgabe der im weltlichen Raum stehenden Laien. Sie sind darum die eigentlichen Träger der „actio catholica“. Sie sollen nach einem Wort Pius' XII. das Bewußtsein haben: wir gehören nicht nur zur Kirche, wir sind die Kirche, die Gemeinschaft der Gläubigen auf Erden unter dem gemeinsamen Haupt, dem Papst und den mit ihm vereinten Bischöfen“. Der Erzbischof wünscht, daß in allen bedeutenden Städten Katholikenausschüsse auf Dekanatsgrundlage gegründet werden. Unter dem Vorsitz von Professor Dr. med. Otto Graf, Dortmund, wurde ein vorläufiger Vorstand des Diözesankomitees gebildet. In dem Aufruf wird besonders darauf hingewiesen, daß unter allen Umständen parteiliche Einflüsse von diesen Ausschüssen fernzuhalten sind. Das Arbeitsprogramm ist in folgenden Punkten zusammengefaßt: Grundsätze und Forderungen des katholischen Glaubens sind in der Öffentlichkeit fest zu vertreten und zur Geltung zu bringen. Innerhalb der Pfarrgemeinde ist eine fruchtbare Zusammenarbeit der aufbauwilligen Kräfte sowie der überpfarrlichen Organisationen zu fördern. Die großen, das öffentliche Leben betreffenden Aufgaben sind aufzugreifen und geeignete Wege zu ihrer Lösung zu suchen. Schließlich werden die Ausschüsse aufgefordert, katholische Veranstaltungen, für die keine katholische Organisation als Träger zur Verfügung steht, durchzuführen. In verschiedenen Städten der Erzdiözese haben die Katholiken-Ausschüsse ihre Arbeit bereits erfolgreich aufgenommen.

**„Christliche Werk-** Bei einer sozialen Arbeitstagung der **gemeinschaften“** „Katholischen Jungen Mannschaft“, der „Christlichen Arbeiterjugend“ und der „Kolpingfamilie“ in Frankfurt a. M. wurde die Errichtung von christlichen Werkgemeinschaften in allen Betrieben beschlossen. Da der Arbeiter am leichtesten von Mensch zu Mensch anzusprechen ist, sollen die Werkgemeinschaften alle christlich orientierten Werkstätigen ohne feste Organisation zusammenschließen. Mit ihrer Errichtung wird jetzt unter der Leitung der Katholischen Volksarbeit in Frankfurt begonnen.

## Meldungen aus der katholischen Welt

### Aus Süd- und Westeuropa

**Der Hl. Vater** Anlässlich des Empfangs des neuen **über das Fehlen** Gesandten von Ecuador am Vatikan **moralischer Normen** bei Papst Pius XII. hat der Hl. Vater **im internationalen** eine Begrüßungsansprache an diesen **Leben** gerichtet, in der er auf die Ursachen des internationalen Unbehagens hinwies.

Was die gegenwärtige Stunde charakterisiert, sagte er, das ist die Armut der Ergebnisse, um nicht zu sagen die Sterilität der Bemühungen um die Errichtung eines sicheren und dauerhaften Friedens. „Das liegt an dem Fehlen einer von allen anerkannten, moralisch verpflichtenden und eben darum unverletzlichen Norm. Es liegt am Fehlen einer Norm, deren Anwendung auf die konkreten Friedensprobleme sich den egoistischen Interessen und ehrgeizigen Wünschen entgegenstellte.

„Wo der Glaube an Gott und die Überzeugung, daß man es niemals wagen darf, sich seinem Gesetz zu entziehen, noch stark genug sind, um über das Gewissen hinaus bis ins Gebiet des öffentlichen Handelns auszustrahlen, können die auseinandergelassenen Meinungen in einer Atmosphäre gegenseitiger Aufrichtigkeit zum Ausgleich gebracht werden, die den Weg zu einer möglichen Lösung selbst der heikelsten Probleme öffnet.

„Wo aber der lebendige Kontakt zwischen dem Zeitlichen und dem Ewigen verlorengegangen ist, fehlt zugleich auch das moralische Gewissen, das dazu nötig ist, sich im harten Widerstreit der Interessen zu der Höhe zu erheben, in der Gerechtigkeit und Frieden gefunden werden.“

Die Friedensverträge, in denen die Unterhändler bewußt die Achtung vor den moralischen Gesetzen außer Betracht gelassen haben, ermangeln dieser innerlich verpflichtenden Kraft, die doch das Fundament ihrer Lebensfähigkeit wäre. In der Tat kann man nicht auf Vertrags-treue rechnen, wenn die kontrahierenden Parteien nicht zutiefst von der bindenden Verpflichtung des gegebenen Worts überzeugt sind. Daher muß die Menschheit heute das flüchtige Leben gewisser feierlicher Verträge beklagen. Und doch waren sie bei ihrem Abschluß als wichtige Etappen auf dem Weg der internationalen Befriedung begrüßt worden...

**Ein Brief des Heiligen Vaters an die Führer des „Grand Retour“**

Die Herder-Korrespondenz hat im ersten Jahrgang, Heft 6/7, S. 303 f. von der großen Wallfahrt berichtet, in der das Gnadenbild der Mutter Gottes von

Boulogne jahrelang durch ganz Frankreich getragen worden ist und die den Namen „Grand Retour“ trägt. Die Leiter dieser Wallfahrt sind im November 1946 vom Heiligen Vater in Audienz empfangen worden, der ihr Werk sehr ermuntert hat. Als Antwort auf ein Schreiben, das der „Grand Retour“ im Juni dieses Jahres an den Heiligen Vater gerichtet hat, hat dieser Anfang Juli handschriftlich geantwortet durch einen Brief, in dem es u. a. heißt:

„Wir haben gesagt und wiederholen es gerne: in der dunklen Nacht, die auf der Welt lastet, sehen Wir eine Morgenröte aufleuchten als untrügliche Vorverkündigung der Sonne der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Liebe; in der Tat ist es nicht das unbedeutendste Zeichen der Hoffnung und des Trostes, daß sich in dieser zerschlagenen und unruhigen Generation dieser außerordentliche Aufschwung zur Rückkehr zu den Quellen lebendigen Wassers erhebt, die in breiten Strömen aus den Heiligen Herzen Jesu und Mariä fließen.

Daher beglückwünschen Wir euch, daß ihr euch in den Dienst dieser heilsamen Marienverehrung gestellt habt, daß ihr sie verbreitet, daß ihr sie zum Sauerteig eures Apostolats macht. Wir wollen darin das sichere Unterpfand der Bekehrung der Sünder, der Treue und des Fortschritts der Gläubigen, der Wiederherstellung eines wahren Friedens aller Nationen untereinander und mit Gott sehen...“

**Vor einer Woche für die Einheit der Kirche in Bologna**

Im September findet in Bologna eine Woche für die Einheit der Kirche statt unter Leitung Kardinal Nasalli Rocca di Cornelianos, Erzbischofs von Bologna.

An diesen hat der Hl. Vater durch Msgr. Montini folgenden Brief schreiben lassen:

„Hochwürdigste Eminenz,

Die Initiative zu der Woche „Pro Unione“, mit der der Hirteneifer Eurer Hochwürdigsten Eminenz für den kommenden September eine doktrinär-liturgische Kundgebung von so vollkommener Katholizität und so erleuchteter Liebe ins Leben gerufen hat, ist ein Anlaß höchsten Wohlgefallens für S. Heiligkeit, die die providenzielle Bewegung für die Rückkehr der Dissidenten zur Einheit der Kirche mit unermüdlichem Interesse verfolgt.

Die wohlgeordnete Vorbereitung dieses wichtigen Ereignisses garantiert schon heute dessen glücklichen Erfolg, der darin besteht, in den Gläubigen dieses Konzilsbodens und den anderen die große Idee der Einheit der Kirche, so sehr es nur möglich ist, aufleuchten zu lassen und in ihnen nicht nur den Wunsch, sondern mehr noch — vom Gebet gestützt und von der Tat getragen — die geeigneten Tugenden zu entzünden und zu nähren, die einem so großen und heilsamen Plan Gottes entsprechen: auf daß alle, die sich von dieser Einheit abgewandt haben, sich aber doch noch mit dem Namen Christi schmücken, begreifen, wo der göttliche Meister den Mittelpunkt dieser Einheit gegründet hat, und auf daß sie selber das Verlangen fühlen, das ein freudiges Vorgefühl des großen Tages ist, an dem jede Spaltung geheilt sein wird und die irdische und die himmlische Kirche jubeln werden über den wiedervereinigten Schafstall unter dem Einen Hirten.

Der Plan der Woche läßt hoffen, daß diese hohen Ziele in hervorragender Weise verfolgt werden.

Studienthemen, Gebete, feierliche Zeremonien nach den verschiedenen Riten, eine Schlußprozession unter Teilnahme hochwürdigster Kardinäle, Prälaten und Geistlicher des lateinischen und orientalischen Klerus werden diese Woche zu einem religiösen Ereignis von beglückend symptomatischer Bedeutung und zu einer feierlichen Vorbedeutung machen . . .“

**Neue italienische  
Bibelübersetzung**

Die beiden ersten Bände einer großen neuen italienischen Bibelübersetzung, die der Verlag Marietti, Turin, herausgibt, sind erschienen und dem Hl. Vater feierlich überreicht worden. Die Ausgabe ist auf 15 Bände berechnet und bringt den Vulgatatext neben der neuen Übertragung unter dem Titel „Sacra Bibbia, volgata latina e traduzione italiana dai testi originali, illustrate con note critiche e commentate“. Der Herausgeber ist Msgr. Garofano, Professor der Biblexegese am Päpstlichen Athenäum der Propaganda. Unter Mitarbeit von etwa 30 Gelehrten soll die Ausgabe in 5 Jahren abgeschlossen sein. Der Hl. Vater hat besonders seiner Freude darüber Ausdruck verliehen, daß Italien in diesem Werk einen guten wissenschaftlichen Kommentar zu den Hl. Schriften erhalte, der sich am Geist der Enzyklika *Divino afflante spiritu* inspiriert habe.

**Die erste  
Generalversammlung  
der Katholischen  
Aktion Italiens**

Am 31. Juli begann in Siena die erste Generalversammlung der Katholischen Aktion Italiens unter dem Vorsitz des Patriarchen von Venedig, Kardinal Piazza. Aus diesem Anlaß hat der Hl. Vater dem Generalassistenten der Katholischen Aktion Italiens, Msgr. Urbani, Titularbischof von Assume, durch Msgr. Montini folgende Botschaft zukommen lassen:

„Hochwürdigste Exzellenz,

Der Hl. Vater grüßt das wichtige Ereignis der ersten Generalversammlung der Katholischen Aktion Italiens,

die sich in Siena unter dem Schutz der hl. Katharina und des hl. Bernhardin versammelt, als glückliches Zeichen und glücklicheres Vorzeichen neuer Triebkräfte und Geister, die im Dienste der christlichen Sache wirken, auf welche heute mehr denn je unaufschiebbare Bedürfnisse eindringen.

Das Programm dieser Sitzungen, das Eure Exzellenz übermittelt hat, stellt im Wechsel von Studium und Gebet einen sicheren Beweis für das klare Bewußtsein dar, das diese zeitgemäße Tagung leitet; es verrät reife Erkenntnis der Tatsachen und der Lage, eine klare Anschauung dessen, was geschickten Eingreifens und sicherer Initiativen bedarf, und bei allen — ebenso in den Reihen der Laienschaft wie denen des Klerus — den entschlossenen Willen zu raschem, gehorsamem Handeln, wie es der Sache Gottes und der Seelen gemäß ist, ohne Angst vor den Hindernissen, die ihnen heute von den feindlichen Mächten auf dem Gebiet der Ideen wie der Praxis entgegengestellt werden.

Diese Tugend, sich den Bedürfnissen anzupassen, muß ganz besonders bei der Katholischen Aktion gelobt und ermutigt werden. Der Überlieferung treu und besonders auf die Rechtgläubigkeit ihrer Prinzipien und Methoden bedacht, hat sie zugleich doch den Wunsch und die Fähigkeit, die ungeheuer komplizierte und fluktuierende Situation der modernen Welt zu studieren, zu verstehen, zu durchdringen; mit Recht hält sie ihre Bemühung um ständige Erneuerung ihrer Arbeitsmethoden, um die geeignetsten und wirksamsten Möglichkeiten des Wirkens zu finden und einzusetzen und um in ständiger großherziger Hingabe zu suchen, wo und wie das Ergebnis ihrer Tätigkeit das zuverlässigste Zeugnis von christlichem Geist liefern und die meisten und überzeugtesten Anhänger werben könne, für apostolischen Eifer.

Bei diesem Streben nach wahrhaft aufrichtiger und wirksamer Tätigkeit wird es der begeisterten Versammlung nicht schwer sein zu erkennen, daß es im Bereich der Ideen vor allem darauf ankommt, der katholischen Lehre in all ihren Äußerungen eine weitere Verbreitung im Volk, das heute von allen Arten gefährlicher Irrtümer bestürmt wird, zu geben, und daß es infolgedessen nötig ist, das Denken und Wirken des Heiligen Vaters zur Verteidigung des Friedens, zum Wohl des Volkes, für eine bessere soziale Gerechtigkeit, für umfassende und wohl-tätige karitative Maßnahmen durch eine neue Apologie zu beleuchten.

Ebenso wird es auf dem Gebiet des Handelns nie überflüssig sein daran zu erinnern, daß sich heute eine dringende Notwendigkeit, das eigene christliche Bekenntnis mit dem Beispiel eines makellosen persönlichen Lebens zu bezeugen, ebenso aus dem allgemeinen Niedergang der Sitten wie aus einer gewissen teilweisen, aber eindrucksvollen sittlichen Strenge ergibt, die gegnerische Strömungen bisweilen beweisen; Einfachheit, Reinheit, Unantastbarkeit und Selbstlosigkeit des eigenen Lebens müssen als das beste Argument des katholischen Propagandisten erscheinen, der, frei und stark in der treuen Nachfolge des Geistes des Evangeliums, größeren Kredit haben wird, wenn er jene Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und Liebe verkündet und verbreitet, von denen wir eine bessere Ordnung des modernen Lebens erwarten.

Eine Versammlung wie diese bezeichnet daher für die Katholische Aktion fast den Beginn einer neuen Epoche ihrer Existenz und bezeugt zugleich ihre alte Lebenskraft und ihre erneuerte Jugend; vorausgesetzt, daß dem

prächtigen Bild von Eintracht, gegenseitiger Hilfe und herzlicher Freundschaft, das sie schon von selbst darstellt, bei allen eine innere Ehrfurcht und gehorsame und kindliche Anhängerschaft gegenüber der Hierarchie der Kirche und ganz besonders gegenüber dem Hl. Stuhl entspricht.

So begleitet denn der Oberste Hirte die Arbeiten der Versammlung mit all seinen Wünschen, er unterstützt sie mit all seinen Ermutigungen und wirkt mit all seinen Gebeten mit. Und schon heute sendet er dem Hochwürdigsten Herrn Kardinal Präsidenten, Eurer Exzellenz, den übrigen hochwürdigen Prälaten, dem Generalvorstand und allen anderen Teilnehmern an der wichtigen Arbeit von Herzen den Apostolischen Segen“.

Der Hauptvorstand der Katholischen Aktion Italiens hat zum Abschluß dieser Tagung folgende wichtige Entschliebung gefaßt:

„Die 1. Generalversammlung der Katholischen Aktion Italiens, die in Siena vom 30. Juli bis 2. August 1948 tagte, beklagt den Haßfeldzug und die Zuflucht zur Gewalt, die das Leben unseres Landes zu stören suchen, insbesondere den beständigen und offenen Angriff auf den Glauben und das christliche Empfinden des Volkes von genau feststellbarer Seite. Es schmerzt uns besonders, wenn die Person des Papstes beleidigt wird, dessen Arbeit für die Wahrung des Friedens und für die Hebung der bedürftigen Volksschichten niemand leugnen kann. Im Bewußtsein der einzigartigen Kraft, die ihre vom christlichen Geist beseelte Organisation darstellt, bekräftigt sie aufs neue ihre Ergebenheit gegenüber dem Stuhl Petri, der Hierarchie und dem Klerus. Sie ermahnt alle Vereine, Sekretariate, Werke und eingeschriebenen Mitglieder zu einem stets glühenderen brüderlichen Geist, der Italien seine Ruhe wiedergeben möge; sie verpflichtet zu unermüdlichem Einsatz zur Verwirklichung der Forderungen der christlichen sozialen Gerechtigkeit. Zu diesem Zweck nimmt sie Kenntnis von dem Verlauf der Vorträge und Diskussionen, die im Laufe der Tagung stattfanden und stellt folgende Punkte für die sofortige Arbeit der Organisation auf:

1. Erläuterung der Lehre der Kirche und des Heiligen Vaters und Nachweis ihrer Verdienste im gegenwärtigen Augenblick.
2. Vollkommene christliche Durchbildung der Mitglieder und der Leiter auf Grund einer echten religiösen Kultur, einem Gefühl für das Übernatürliche und Fachkönnen.
3. Intensive Tätigkeit in Zusammenarbeit mit dem Klerus, damit die Pfarrei immer mehr Mittelpunkt des religiösen Lebens und der sittlichen und sozialen Hebung des Volkes werde.
4. Entschiedene und aktive Beteiligung an der Arbeit zugunsten der gerechten Ansprüche der Arbeiter, die sich vor allem in der Verstärkung der Christlichen Arbeitervereine Italiens (ACLI) äußert.
5. Vertieftes Wissen um die Rechte und die Pflichten der Katholischen Aktion in Italien auf politischem Gebiete im Dienste der Verbreitung, Wahrung und Auslegung der christlichen Grundsätze im öffentlichen Leben.

Die Versammlung sendet einen besonderen, warmen, brüderlichen Gruß an die Vereine, Mitglieder und Familien, die in ihren Personen oder ihrem Besitz infolge der jüngsten schmerzlichen Ereignisse gelitten haben, und wünscht, daß sich im Geiste der heiligen Katharina und des heiligen Bernhardin von Siena unter Beteiligung aller

Menschen guten Willens der Prozeß der Befriedung und der Wiederaufrichtung des Vaterlandes vollenden möge“.

**Volksbildungswesen in Italien**

In Italien ist erst seit einem Jahr ein Volksbildungswerk durch einen Gesetzeserlaß ins Leben gerufen worden. Die neu gegründeten „scuole popolari“ dienen dem Kampf gegen das Analphabetentum und ganz allgemein der Erwachsenenbildung. Im Mai dieses Jahres hat zum ersten Mal eine Tagung aller an diesem Werk interessierten und tätigen Vertreter in Rom stattgefunden, auf der die bisher gemachten Erfahrungen durchgesprochen und die Grundlagen der zukünftigen Arbeit klargelegt worden sind. Trotz aller Mühen, die sich das faschistische Regime in dieser Hinsicht gegeben hat, ist das Analphabetentum in Italien immer noch erstaunlich groß. Die „Civiltà Cattolica“, die italienische Jesuitenzeitschrift, gibt an, daß es im Jahr 1931 noch 21% Analphabeten in Italien gab, die sich aber nicht gleichmäßig über die Halbinsel verteilten: sie erreichten ihr Maximum im Süden, und zwar in Kalabrien mit 48%, Lukanien mit 46% und Sizilien mit 40%. Der Prozentsatz ist zwar seither zurückgegangen, aber gegenüber den angelsächsischen Ländern, Frankreich und Deutschland ist Italien immer noch weit im Rückstand. Seit dem Erlaß von Dezember 1947 hat das Ministerium für öffentliche Erziehung in Italien 10 350 Kurse für Erwachsenenbildung eingerichtet. Es sind 4508 Kurse des Typus A (für Analphabeten), 4855 Kurse des Typus B (für Halb-Analphabeten) und 987 des Typus C (Fortbildungskurse) gewesen.

Die Referate der Tagung zerfielen in drei Gruppen: Informationen über Erfolge der Volksbildungsarbeit in Italien und in anderen Ländern und über die rechtlichen Grundlagen, die das Volksbildungswerk auch für die Zukunft tragen können; theoretisch-praktische Untersuchungen der Ursachen des Analphabetentums und der besten Mittel, es zu bekämpfen; und Lehrvorträge, in denen die wissenschaftlichen Prinzipien der Erwachsenenunterweisung, die psychologisch-pädagogischen Grundlagen und der soziale Aspekt der Erwachsenenbildung dargelegt wurden.

An der Tagung nahmen der ehemalige Erziehungskommissar der alliierten Besatzung in Italien, der Amerikaner Prof. Washburne, und ein Engländer, Prof. Snodin, teil, die beide über das Volksbildungswesen in ihren Ländern berichteten. In USA gibt es noch Analphabeten, und wenn sie auch nur 2% der Bevölkerung ausmachen, so sind es doch bei der Größe des Landes im Ganzen 3½ Millionen; dazu etwa 10 Millionen, die man als Halb-Analphabeten bezeichnen muß. In England ist das Analphabetentum völlig verschwunden. In beiden Ländern geht die Volksbildungsarbeit vorwiegend von privater Initiative aus, wird aber vom Staat gefördert und finanziell unterstützt. Das englische Erziehungsgesetz von 1944 hat bestimmt, daß der Staat verpflichtet ist, dafür zu sorgen, daß seine Bürger überall die von ihnen verlangte Fortbildung erhalten können. Wo die private Initiative versagt, sind daher die Gemeinden selber verpflichtet, Volksbildungsstätten einzurichten.

Der Leiter der Tagung, Prof. Giovanni Gozzer, berichtete sodann über die Volksbildungsarbeit in Rußland und seinen Anhängerstaaten, die völlig staatlich gelenkt ist. Für Italien schlug er einen Mittelweg zwischen den Methoden der angelsächsischen Länder und Rußlands vor, „bei dem die gesamte Erziehung ein Ausdruck freier

Initiative sein, aber vom Staat gefördert, unterstützt und koordiniert werden soll, der damit zum belebenden, anspornenden und befruchtenden Element würde".

Auch im Bereich der Erwachsenenbildung spielt natürlich das Problem der „Laienschule“, des Unterrichts ohne religiöse Atmosphäre, eine Rolle. Auf der Tagung gab es Befürworter eines rein laizistischen Geistes in den Volkshochschulen und andere, die die christliche Tradition des italienischen Volkes gewahrt sehen wollten. Von christlicher Seite wurde betont, daß das christliche Menschenbild, in dem die intellektuellen Ansprüche des Menschen ebenso ernst genommen würden wie die des Gefühls, die sicherste Grundlage für den Volkshochschulgedanken abgäbe und daß die christliche Haltung dem Menschenbruder gegenüber ein vertrauens- und liebevolles Verhältnis zwischen dem Lehrer und dem erwachsenen Schüler am besten garantiere. Die Tagung ging nicht ohne einen kurzen heftigen Zusammenstoß zwischen der christlichen Gruppe und einem Mann der Linken ab, der jedoch sogleich wieder beigelegt werden konnte, wie „Civiltà Cattolica“ berichtet: einige Zeitungen der Linken haben den Zwischenfall offenbar als ernster angesehen. Im Ganzen hat ein freier Meinungs- austausch geherrscht, und die zahlreichen in der Arbeit stehenden Lehrer, die die Zuhörerschaft bildeten, haben in den Diskussionen fruchtbare Anregungen geben können.

#### **Erforschung der religiösen Gleichgültigkeit**

Die italienische Katholische Aktion hat auf Vorschlag der Wochenzeitung „L'Orà dell'Azione“ eine Stelle zur Erforschung der religiösen Gleichgültigkeit eingerichtet. Diese hat ihre Arbeiten nach folgendem Programm begonnen:

1. Untersuchung der Gründe der religiösen Gleichgültigkeit.
2. Arten und Grade der Gleichgültigkeit.
3. Typische Äußerungen religiöser Gleichgültigkeit.
4. Studium von Aktionsplänen gegen die religiöse Gleichgültigkeit.
5. Zusammenhang zwischen religiöser Gleichgültigkeit und sozialen Problemen.
6. Anwendung moderner Hilfsmittel im Kampf gegen die Gleichgültigkeit.
7. Bildung besonderer Organe zum Kampf gegen die religiöse Gleichgültigkeit.
8. Internationale Zusammenarbeit aller gleichgerichteten Stellen.

„L'Orà dell' Azione“ weist darauf hin, daß die gegenwärtige Zeit für ein solches Unternehmen günstig sei. In der erschreckenden Unsicherheit, die heute die Menschen überkommen hat, sei die Möglichkeit zu einer Umformung der Geister gegeben. Es könne aber nichts erreicht werden, wenn nicht zuvor die religiöse Gleichgültigkeit überwunden werden könne.

#### **Die Internationale Föderation christlicher Gewerkschaften**

Die Internationale Föderation Christlicher Gewerkschaften umfaßt nach den neuesten statistischen Erhebungen 2 406 700 Mitglieder in 10 nationalen Organisationen und 8 Ländern. In den Niederlanden und in der Schweiz haben Protestanten und Katholiken getrennte Organisationen. Insgesamt 600 000 Mitglieder gehören der Christlichen Arbeitervereinigung Italiens an, die keine eigentliche Gewerkschaft in strengstem Sinne des Wortes, son-

dern innerhalb der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung eine Sondergruppe bildet. Nach einer Meldung aus Utrecht, dem Sitz der Internationalen Föderation der Christlichen Gewerkschaften, verteilen sich die Mitglieder auf folgende Länder: Frankreich (800 000), Italien (600 000), Belgien (429 000), Niederlande (251 000 Katholiken, 131 000 Protestanten), Kanada (70 000), baskische Arbeiter spanischer Nationalität mit Hauptquartier in Frankreich (70 000), Schweiz (40 000 Katholiken, 12 000 Protestanten), Luxemburg (3000). Die frühere Föderation der Christlichen Gewerkschaften war bedeutend stärker als die jetzige. Das ist wesentlich durch den Ausfall der Organisationen Deutschlands und Österreichs bedingt, wo Einheitsgewerkschaften errichtet wurden. Die christlichen Gewerkschaftsorganisationen in Polen, Ungarn, Jugoslawien, Litauen, Spanien und in der Tschechoslowakei existieren nicht mehr.

#### **Katholische Bauernschulen in Frankreich**

In Frankreich wurden in mehreren ländlichen Gegenden katholische Bauernschulen für die schulentlassene Jugend gegründet. Aufgabe dieser Schulen ist — allgemein gesehen — die geistige, berufliche und religiöse Weiterbildung der Landjugend. Eine der bekanntesten Schulen ist das Kolleg St. Paul in Mamers. Eine besondere Note erhalten die Schulen dadurch, daß sie einen Beitrag zu dem in Frankreich besonders dringlichen Ziel der Wiederverchristlichung des Landes beisteuern sollen. Im letzten Jahrzehnt hat sich das katholische Frankreich besonders intensiv diesem Problem zugewandt. Die aus den Bauernschulen hervorgehende Landjugend soll in beruflicher, kultureller und religiöser Beziehung eine Elitegruppe im Dienste der Katholischen Aktion bilden. Die pädagogische Methode der Bauernkollegien richtet sich nach neuen Gesichtspunkten. Ausgehend von der Tatsache, daß sich das moderne Bauerntum zu immer größerer Eigenständigkeit entwickelt und nach jahrhundertelanger Zurücksetzung durch die Stadtkultur nach einer höheren Einstufung in das nationale Leben verlangt, soll in den Bauernschulen versucht werden, den Schülern eine Bildung zu vermitteln, die sowohl der traditionellen Eigenständigkeit des Bauerntums entspricht, wie auch seiner fortschrittlichen Bewegung entgegenkommt. Jede Verstärkung der Bildung soll vermieden werden. Im Mittelpunkt des Schullebens steht die Einführung in das katholische Gedankengut und Glaubensgut und in die Liturgie. Dabei kommt es nicht darauf an, den Schülern nur eine geistige Unterweisung zu geben, vielmehr will man sie zu ganzen Christen erziehen, zu Kämpfern der Katholischen Aktion auf dem Lande. Die in Paris erscheinende Zeitschrift „Pédagogie“, herausgegeben vom „Centre d'études pédagogiques“, beschäftigt sich in einer Sonderausgabe eingehend mit dem Problem der Bauernschulen und den Bedingungen einer modernen Erziehung der Landjugend.

#### **Tod Msgr. Carton de Wiarts**

Der kürzlich ganz unerwartet im Alter von noch nicht 50 Jahren verstorbene Bischof von Tournai, Msgr. Carton de Wiart, ist einer der hohen Geistlichen gewesen, die sich mit ihrer ganzen Kraft für die Lösung der sozialen Probleme einsetzen. Geboren in Brüssel 1898, 1921 in Mecheln zum Priester geweiht, stand er seit 1945 an der Spitze der großen wallonischen Diözese Tournai, die ausgesprochenes Indu-

strieland ist. Die Herder-Korrespondenz hat im 1. Jg., Heft 9, S. 416 einen offenen Brief Msgr. Carton de Wiart über die Arbeitgeber und die soziale Frage wiedergegeben. In ihrem Nachruf auf den verstorbenen belgischen Bischof führt die französische Wochenschrift „Témoignage chrétien“ folgende Texte von ihm an:

„Die christliche Gewerkschaft muß in der Arbeitermasse einen wohlthätigen Strahlungskern bilden, der dazu führt, daß durch eine bessere Organisation des wirtschaftlichen und sozialen Lebens die Achtung vor der Würde des Arbeiters langsam weitere Früchte bringt und durch eine gerechtere Verteilung der Güter der Ungerechtigkeit jedes Regimes entgegengewirkt wird, das das Kapital zum Schaden des Volkes in den Händen einer geringen Zahl von Bevorrechtigten konzentriert.“

„Die christliche Gewerkschaft ist notwendig, um den gesunden Begriff von der menschlichen Gleichheit immer mehr zu entwickeln... Die Kirche begnügt sich nicht damit, diese Wahrheit (die grundlegende Gleichheit aller Menschen) auszusprechen; sie lebt aus ihr. Stets hat sie aus all ihren Kräften die Aktion unterstützt, die zur Unterdrückung aller künstlichen und ungerechten Ungleichheit im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben unternommen worden ist.“

Msgr. Carton de Wiart, so fährt „Témoignage chrétien“ fort, verlangte von den Christen ein totales christliches Zeugnis, „sei es nun gelegen oder ungelegen“. Er war sehr streng gegen die, die sich des Christentums zu konservativen sozialen Zwecken bedienten. Er wies oft auf „die schwere Sünde des Versagens, deren sich verschiedene katholische Presseorgane schuldig gemacht haben, indem sie nicht ihren ganzen Einfluß einsetzten, um gewisse Strukturreformen durchzusetzen, die notwendig sind, um die schweren Schattenseiten des Funktionierens des heutigen konzentrationistischen Kapitalismus abzuschaffen.“

Msgr. Carton de Wiart wiederholte unermüdlich die Forderung eines echten Christentums:

„Was wir unsrer Umgebung begreiflich machen müssen, das ist zuerst einmal, daß wir uns heute nicht mit einem Antikommunismus rein und ausschließlich negativer Art zufrieden geben dürfen. Wir müssen ein volles Christentum verwirklichen, so wie es die Kirche als Antwort auf die Probleme der gegenwärtigen Welt vorschlägt...“

Wir müssen zeigen, daß, wenn die Kirche die Menschen auf die Ewigkeit hinweist, sie doch niemals die irdischen Anforderungen dieses Weges zur Ewigkeit auf der Straße der Zeit vergißt.“

Msgr. Carton de Wiart sah in der Gegenwart viele neue Ansätze, viel Grund zur Hoffnung. Auf einer Arbeitstagung der „Témoignage chrétien“ sagte er: „Ja, der Frühling kündigt sich an. Ja, etwas geht vor in der Kirche, und nicht nur in den Reihen der Priester, der Gläubigen, sondern in der Person des Stellvertreters Jesu Christi selbst. Wir sehen dieses Licht in ihm, das ihn auf alle Probleme achten läßt, die die gegenwärtige Situation der Kirche stellt.“

**Die katholischen Bischöfe von England und Wales gegen die kommunistische Gefahr**

In einer gemeinsamen Erklärung wenden sich die katholischen Bischöfe von England und Wales gegen die kommunistische Gefahr. Sie rufen eingangs die einmütige Verurteilung der kommunistischen Lehre durch die letzten Päpste in Erinnerung und verweisen

insbesondere auf den kompromißlosen Kampf Pius' XI. gegen den Kommunismus.

„Die Menschenrechte“, heißt es wörtlich, „werden offen mißachtet und die Nationen ihrer Unabhängigkeit beraubt. Bei den Balten und in den Balkanländern hat der Kommunismus entgegen dem Willen der Bevölkerung sein System gewaltsam durchgesetzt und alle verfassungsmäßigen Freiheiten verletzt. Im Fernen Osten verhindern die Kommunisten die Bevölkerung Chinas an der Rückkehr zu normalem, friedlichem Leben. Die kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien verursachen beständig Unruhen und versuchen Revolutionen hervorzurufen. In der letzten Zeit sind wir Zeugen der kommunistischen Versuche, die Herrschaft über Berlin zu gewinnen. Diese Ereignisse zeigen klar, daß der Kommunismus, indem er Gott verleugnet, die Menschenrechte verleugnet und daß er durch seinen Willen zur Revolution und Anarchie der friedlichen Regelung der Weltangelegenheiten feindlich gegenübersteht. Wir stehen einer großen Forderung gegenüber. Es ist die Entscheidung, ob wir für Gott oder gegen Gott sind. Kein Katholik kann ein Kommunist sein, noch kann ein Kommunist Katholik sein.“

Wir bitten die katholischen Arbeitgeber, sich aktiv in ihren eigenen Organisationen zu betätigen und dabei zu helfen, daß die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit alle Unternehmungen in Industrie und Handel leiten. Wir fordern die katholischen Arbeiter auf, ihren zuständigen Gewerkschaften beizutreten, aktiven Anteil an ihnen zu nehmen und dadurch beizutragen, allen ihren Taten christlichen Geist einzuflößen. Damit unsere katholischen Arbeiter gut über die Grundfragen der sozialen Gerechtigkeit unterrichtet werden, richten wir an das katholische Werkvolk die Aufforderung, ihren Diözesanverbänden der katholischen Gewerkschaften beizutreten, wo solche bestehen. Insbesondere empfehlen wir die Bewegung der Christlichen Arbeiterjugend und ähnliche Organisationen, welche die Grundsätze unseres heiligen Glaubens in die Alltagsarbeit hineinbringen.“

**Tagung der Leitung der Internationalen christlich-sozialen Vereinigung**

Am 2. und 3. Juli 1948 trat das leitende Komitee des Ausschusses der Internationalen Christlich-sozialen Vereinigung (ICSV) unter dem Vorsitz

seines Präsidenten, Nationalrat Joseph Scherer, in St. Gallen zu einer Sitzung zusammen. Es nahm einen Bericht seines Generalsekretärs Dr. Louis Meerts, Brüssel, über die bisherige Tätigkeit entgegen. Die ICSV leistete einer offiziellen Einladung zur Teilnahme an der im August in Rio de Janeiro (Brasilien) stattfindenden inter-amerikanischen Konferenz der Katholischen Sozialen Aktion Folge. Das leitende Komitee befaßte sich sodann mit der Vorbereitung der nächsten im Oktober 1948 stattfindenden internationalen Konferenz der ICSV. Dieselbe befaßt sich mit der Festlegung eines grundsätzlichen Programms und stellt gleichzeitig ein praktisches Aktionsprogramm auf. Als wichtigste Aufgabe wird die Neubewertung und Behandlung der menschlichen Arbeit im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der Völker betrachtet. Besondere Beobachtung wird der Stellung des Arbeiters im Betrieb und im Beruf geschenkt. Dem Familien- und Frauenschutz, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, den Fragen der Emigration, der Rohstoffbeschaffung, der Absatzsicherung, den Währungsverhältnissen, dem Problem Preis-Lohn und der Auswirkung des Mar-

shall-Planes auf die Lebenshaltung der Völker wird besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Diese Fragen werden auf der nächsten internationalen Konferenz einer eingehenden Beratung unterstellt. Das Generalsekretariat in Brüssel organisiert nun einen besonderen Informations- und Pressedienst. Die Sitzung befaßte sich auch mit der Frage der Kriegsgefangenen. Ihre endliche Entlassung wird als dringliches Gebot der Menschlichkeit und Christenpflicht bezeichnet. Die Leitung der ICSV wurde schließlich auch beauftragt, bei den ihr angeschlossenen Landesgruppen vorstellig zu werden, damit diese ihren Einfluß dahin geltend machen, daß der Staatsvertrag mit Österreich abgeschlossen wird und dieses Land eine ebenbürtige Stellung in den Reihen der unabhängigen Völker wieder einnehmen kann.

**Kampf gegen die Ehescheidungen**

Der katholische holländische Justizminister van Merseveen arbeitet einen Vorschlag für ein neues Ehescheidungsgesetz aus, von dem erwartet wird, daß es zu einer beträchtlichen Senkung der Scheidungen beitragen wird. Es sieht vor, daß die Scheidungsklagen nicht mehr vor dem gewöhnlichen Gericht, sondern vor einem besonderen „Familiengericht“ verhandelt werden, dem ein „Rat für Familienangelegenheiten“ beisitzt. Im Rahmen dieser Neuordnung werden die Gerichte weit eher bestrebt sein, eine Versöhnung zu erzielen als eine Scheidung auszusprechen. Wenn ein rechter Grund fehlt, so kann das Familiengericht von vornherein den Fall ablehnen. Wird eine Trennung unter Vorbehalt für angebracht gehalten, so wird nunmehr eine Frist festgesetzt, in der die andere Partei Stellung nehmen muß, und ein Tag bestimmt, an dem beide Seiten erscheinen müssen. Gemeinsam wird dann ein Versuch zur Wiederversöhnung vorgenommen werden. Der „Rat für Familienangelegenheiten“ soll aus sittlich hochqualifizierten, erfahrenen Personen der verschiedensten Berufe zusammengesetzt sein.

**Tests der Wiener Mittelschuljugend**

Ein Mittelschülerkomitee veranstaltete in Wien unter der Mittelschuljugend nach Art der Gallup-Methode eine Erhebung über die Meinung der jungen Generation zu bestimmten Zeit- und Lebensfragen. Obwohl der Kreis der Befragten sehr eng gezogen war, der Ernst der gegebenen Antworten nicht immer gewährleistet scheint und auch sonst diesem Verfahren verschiedene Mängel anhaften, sind die Ergebnisse doch in verschiedener Hinsicht von Interesse. 49,2% der befragten Mittelschüler erklärten, von ihren Lehrern nichts zu lernen, was sie im Leben tatsächlich verwenden könnten, 37,8% erklärten, für keinen Menschen ihrer Umgebung besondere Hochachtung zu empfinden. Gewisse Rückschlüsse läßt auch die hohe Ziffer von 83,6% zu, mit der die Befragten erklärten, an keiner bestehenden politischen Partei interessiert zu sein. 52,8% erklärten, überhaupt keine politischen Interessen zu besitzen.

Über die Hoffnungen dieser jungen Generation und ihr Verhältnis zur Religion orientieren die folgenden Anteilziffern. 31% erwarten von der Wirtschaft, 22,4% von der Religion, d. h. dem Christentum, 21,2% von der Technik eine Verbesserung der Verhältnisse der Welt. 66,4% erklärten, daß sie den Pflichtreligionsunterricht nicht für unbedingt nötig hielten, dagegen 67,2%, daß die bestehenden religiösen Gemeinschaften einen Zweck hätten.

Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern und ihre wechselseitige Einschätzung spiegelt sich darin, daß 57,2% der befragten Mädchen, bzw. Jungen die Frage, ob sie die Mehrzahl der Jungen bzw. Mädchen ihrer Altersstufe für moralisch wertvoll hielten, verneinten. Die sittlichen Auffassungen der Jugend bezeugen auch die 50% der Stimmen, die einen vorehelichen Geschlechtsverkehr für erlaubt hielten. Die demoralisierenden Einflüsse der Großstadt sind dementsprechend auch in dem Wandel dessen zu erkennen, was diese jungen Menschen heute an Zeitvertreib vorziehen. Nur 0,4% erklärten, Wanderungen in der Natur als schönste Freizeit, während 56,4 Sport, Vergnügen und Unterhaltungen, aber immerhin auch 38,6% kulturelle Veranstaltungen vorzogen. Allerdings muß hier in Rechnung gestellt werden, daß die Grenze zwischen beiden Gruppen der Freizeitwünsche fließend ist. Dieses statistische Bild wird noch ergänzt durch die Stellungnahme zu der Frage, ob der Schleichhandel unmoralisch sei. 44,6% bejahten diese Frage, 43,6% verneinten sie.

**Das Sektenwesen und die Aufgabe der Seelsorge**

Am 19. Juli 1948 sprach P. Prov. Georg Bichlmair SJ im Rahmen des interdiözesanen Priesterbildungsinstitutes in St. Gabriel bei Wien über das gegenwärtige Sektenwesen Österreichs und die Aufgabe der Seelsorge.

Wie schon nach dem ersten Weltkrieg, so sind auch seit 1945, wenn auch in geringerer Stärke, im Gefolge der ausländischen Hilfsaktionen Sekten in das Land gekommen und entfalten eine lebhaft Propaganda. Es lassen sich unter ihnen drei Gruppen unterscheiden: christliche, okkultistische und neugnostische. Von den christlichen Sekten sind die Bibelforscher, die sich jetzt „Zeugen Jehovas“ nennen, die Adventisten und Baptisten am regsten tätig. Sie haben an vielen Orten, besonders in Wien, Oberösterreich und Steiermark feste Sitze mit regelmäßigen Versammlungen ihrer Gemeinden und entsenden ihre „Apostel“, die eine fanatische Tätigkeit entfalten und ihre Bibeln und Flugschriften aufdrängen, bis in die kleinsten Dörfer. Die okkultistischen Sekten befassen sich mit Astrologie, Spiritismus und Wahrsagerei und haben ihre Sitze in Wien und Graz. Die dritte Gruppe sind die Theosophen, die bereits mehrere „Logen“ in Wien, Graz und anderen Orten der Steiermark haben, sowie die Anthroposophen, die vorläufig erst wenige kleine Gemeinden besitzen. Für Mitglieder mit christlicher Tradition und Sinn für Liturgie haben die Theosophen die „liberal-katholische Kirche“ und die Anthroposophen die „Christengemeinde“ gegründet; in beiden wird eine der katholischen Messe nachgebildete „Messe“ in deutscher Sprache gefeiert.

Nach diesem kurzen Überblick stellte P. Bichlmair die Frage, worin eigentlich die werbende Kraft der Sekten bestehe und welche Menschen für sie besonders anfällig seien. Bei den christlichen Sekten ist es hauptsächlich der eigentümlich persönliche, oft kitschig-fromme Ton der Ansprache, welcher religiös unwissende und abgestandene Katholiken plötzlich stark ergreift und ihnen die Wärme religiösen Erlebens vermittelt; ferner die sensationellen Ankündigungen der Wiederkehr Christi und des baldigen Weltendes und die Leugnung unbequemer Glaubenswahrheiten, wie Ewigkeit der Hölle, Notwendigkeit des Dogmenglaubens und Sakramentenempfanges u. a. Die Okkultisten wirken durch die Sen-

sation ihrer spiritistischen Sitzungen und durch Ausnützung der Sorge um Verstorbene und Vermißte. Während bei den christlichen und okkultistischen Sekten fast alle Teilnehmer einfache und ungebildete Leute sind, finden sich bei den Theosophen und Anthroposophen hauptsächlich Menschen mit höherer Bildung und ästhetischen Neigungen ein, denen das überlieferte dogmatische Christentum starr und primitiv erscheint und die in einer esoterisch-mystischen Deutung der natürlichen Welterfahrung und der christlichen Botschaft eine höhere Religiosität zu finden glauben.

Die Aufgabe der Seelsorge gegenüber den Sekten besteht weniger im Versuch, einen fanatischen Sektierer zu bekehren — was so gut wie aussichtslos ist —, als darin, die Gläubigen gegen den Einfluß der Sekten zu immunisieren. Entscheidend ist dabei, das Verlangen der Gläubigen nach einer Religiosität des Herzens durch eine zeitgemäße, lebendige Darstellung des katholischen Glaubens zu erfüllen, wodurch es sich erübrigt, nach Ersatzmitteln Umschau zu halten. Ist der Einfluß bestimmter Fragen und Behauptungen der Sekten in der Pfarrgemeinde spürbar, dann empfiehlt sich die Herausgabe entsprechender Flugblätter, wie „Gibt es eine ewige Hölle“, „Steht das Weltende nahe bevor?“, und gelegentlich auch eine direkte Predigt über bestimmte Sekten.

#### Aus Ost- und Südosteuropa

Schreiben  
des Heiligen Vaters  
an die Bischöfe  
der CSR

Der volle Wortlaut des Schreibens, das der Heilige Vater am 15. Mai 1948 an die Bischöfe der CSR richtete, wurde nun in den Preßburger „Kato-

lické Noviny“ veröffentlicht. Er lautet:

„Ehrwürdige Brüder!

Empfanget Unseren Gruß und apostolischen Segen!

Als Ihr Euch zu Anfang März d. J. in Brünn zu einer außerordentlichen Bischofskonferenz trafet, habt Ihr Uns in einem Briefe, den Uns in Euer aller Namen der ehrwürdige Bruder Josef Beran, Erzbischof von Prag, übersandte, Euere Verehrung und Ergebenheit bezeugt, die Ihr Uns auch zu anderen Malen oft ausgesprochen habt. Gleichzeitig habt Ihr Uns Eueren Glückwunsch anlässlich des 10. Jahrestags Unserer Erhebung zur Höhe der apostolischen Macht ausgedrückt.

Dieser Ausdruck der Verehrung und Ergebenheit hat Uns große Freude bereitet und das um so mehr, da er von Bischöfen stammt, die ihr Bischofsamt jetzt mit vielen Schwierigkeiten und Bangnissen ausüben. Diesen Schwierigkeiten läßt sich jetzt nur so begegnen, daß der religiöse Eifer sich immer mehr entfacht. Entflammt von diesem Eifer und im Vertrauen auf Gottes Hilfe, bemüht Euch in ungünstigen Verhältnissen um die Sache Gottes, um den Euerer Obsorge anvertrauten Gläubigen mit Wort und Beispiel voranleuchtend die Grundsätze des Evangeliums zu wahren, die Rechte der Kirche und der Seelen zu verteidigen und vorbehaltlosen Gehorsam und Ergebenheit dem Heiligen Stuhl gegenüber zu pflegen, der sich immer auf die unerschütterlichen Verheißungen Gottes stützt. Möge der Segen der göttlichen Gnade über Eueren Bemühungen leuchten und Euere Werke festigen, damit Euch, wie es die jetzigen Verhältnisse erfordern, niemals der mit Klugheit gepaarte Mut und die mit Mäßigung verbundene Festigkeit fehle. Gott läßt das Böse deswegen zu, damit nach Erledigung der Übeltäter

das Gute größer werde; die Tugend richtet sich um so spannkraftiger auf, wenn sie unterdrückt wird, und die bekämpfte Wahrheit umkränzt der Glanz siegreichen Lichtes. Wir aber erbitten in väterlicher Besorgtheit in vielen Gebeten den geliebten Völkern der Tschechoslowakei die Hilfe des Himmels und verfolgen sorglich alles, was bei Euch geschieht, wobei Wir nur das ersehnen, was für Euere Lieben heilsam ist. Als Vorboten des himmlischen Lichtes und der Kraft und zum Erweis Unserer Liebe erteilen Wir Euch, ehrwürdige Brüder, den Apostolischen Segen, den Wir von Herzen auch auf die Euerer Obsorge anvertrauten Priester und Gläubigen erstrecken.

Gegeben zu Rom bei St. Peter, am 15. Mai 1948, im 10. Jahre Unseres Papsttums.

Papst Pius XII.

Volksdemokratie  
und Kirche

Der neue tschechoslowakische Ministerpräsident Antonin Zapotocky hielt am 5. Juli anlässlich eines Besuches in seinem Heimatdorf Zakolany bei Kladno eine Ansprache, in der er erstmals auch von sich aus zur Kirchenfrage Stellung nahm; die betreffenden Stellen lauten wörtlich: (Text nach „Lodova Demokracie“ 8. VII.)

„Die Volksdemokratie halten wir für die Grundlage alles unseres Geschehens. Sie gibt jedem die Freiheit der Überzeugung und des religiösen Bekenntnisses. Wir geben aber niemand die Freiheit, etwas zu tun, was unsere volksdemokratische Republik bedrohen oder ihren Interessen schaden würde... Glauben kann also jeder, was er will, sein Glaube aber gibt ihm nicht das Recht, anderen zu schaden, besonders nicht, die Nation und die Republik zu schädigen. Möge jemand was immer für Überzeugungen oder Glauben haben, er muß die Volksgesetze halten. Jedes religiöse Bekenntnis hat bei uns das Recht, seinen Glauben zu lehren, seine religiösen Zeremonien auszuführen, und jeder Bürger hat das Recht, daran teilzunehmen. Niemand kann und wird ihn daran hindern. Es dürfen aber diese Zeremonien nicht gegen die volksdemokratische Republik mißbraucht, und es darf dabei nicht zur Nichterfüllung von Bürgerpflichten aufgefordert werden. Unsere Verfassung garantiert jedem Bürger, der keine unehrenhaften Taten begangen hat, das Wahlrecht. Sie garantiert ihm nicht nur das Recht zu wählen, sondern auch gewählt zu werden. Es hat daher niemand das Recht, das, was das Gesetz garantiert, den Staatsbürgern unmöglich zu machen. Es hat auch keine Kirche dieses Recht, und wir werden in dieser Hinsicht das Wahlrecht unserer Bürger gegen jeden Versuch, es abzubauen und einzuschränken, konsequent verteidigen. Wir haben bei uns keine zwei Republiken, eine kirchliche und eine weltliche, wir haben eine einzige volksdemokratische Republik und eine einzige Verfassung, die feierlich bestätigt, daß die einzige Quelle der Staatsgewalt in der Republik das Volk und niemand anders ist.“

Zapotocky hat mit dieser Äußerung eine fast unverhüllte Polemik gegen die Haltung des Prager Erzbischofs Dr. Beran und der katholischen Bischöfe der CSR insgesamt eröffnet. Der Streitpunkt, auf den er unverkennbar anspielt, ist das Verbot der Bischöfe, daß katholische Geistliche politische Funktionen ohne Zustimmung der zuständigen geistlichen Vorgesetzten bekleiden — konkret vor allem die Ministerfunktion des Budweiser Stadtkaplans Josef Plojhar, der jenes Verbot stillschweigend

umgehend, ohne Genehmigung das Ressort des Gesundheitsministers seit Februar 1948 bekleidet. Hinter diesem konkreten Streitfall steht freilich das schwere grundsätzliche Problem einer konsequenten unpolitischen Linie der katholischen Kirche in der CSR, welche die Bischöfe bisher, auch in der Wahlzeit, unverrückbar eingehalten haben, während Plojhar und seine geringe Gefolgschaft unbedenklich und vorbehaltlos die Politik der Regierung Gottwald decken.

Gegenüber den bisherigen Äußerungen der neuen tschechoslowakischen Staatsmänner wie Gottwalds oder des Justizministers Dr. Cepicka, dem besonders die Verhandlungen mit den Kirchen obliegen, läßt Zapotocky den Ton gewinnenden Entgegenkommens fallen und läßt deutlich erkennen, daß die sonst als so religionsfreundlich gepriesenen Bestimmungen der neuen Verfassung der CSR durchaus auch eine Auslegung zulassen, die den Wirkungskreis der Kirche sehr eng eingrenzt.

**Der Prager Erzbischof Dr. Beran in der Slowakei**

Neuartig und erstmalig ist es, daß der Prager Erzbischof nun zweimal binnen Monatsfrist zu kirchlichen Feiern in der Slowakei eingeladen wurde. Anfang Juni weihte er feierlich die Heilquellen von Bad Pystian für die neue Badesaison und zu Anfang Juli war er als Gast des Zipser Bischofs Dr. Vojtassak bei der traditionellen Marienwallfahrt von Leutschau. Da seine eigene Prager Erzdiözese nicht einmal an die Slowakei greñzt, sondern durch das Erzbistum Olmütz davon getrennt ist, sind beide Einladungen ein um so deutlicherer Beweis für die wachsende Autorität des Erzbischofs auch in den slowakischen Diözesen.

**Sowjetisierung des Familienrechtes in der Tschechoslowakei**

Die gesetzliche Neuregelung des Namensgebrauchs der Ehegatten in der CSR erweist sich nach Meldungen, die sich namentlich auf eine Erklärung der tschechoslowakischen Abgeordneten Frau Zdenka Pácovo in der Pilsener kommunistischen Tageszeitung „Pravda“ (11. VI. 1948) stützen, nur als einer der Hauptzüge in einer grundlegenden Umstellung des ganzen Familienrechtes auf eine neue sozialistische Begriffsgrundlage. Daß die Frau in der Ehe ihren Mädchennamen weiterführen oder sogar auch der Ehemann den Familiennamen der Frau annehmen kann, geht darauf zurück, daß in dem neuen sozialistischen Rechtssystem alles, was irgendwie die Rechtsstellung der Frau gegenüber dem Manne verschlechtert, als bourgeoises Erbe ausgeschaltet werden soll. Im Paragraph 1 der neuen Verfassung ist ausdrücklich festgelegt: „Männer und Frauen haben eine gleiche Stellung in der Familie und in der Gesellschaft und gleichen Zugang zur Bildung und zu allen Berufen, Ämtern und Würden.“

Es entfällt damit vor allem Begriff und Rechtsstellung des „Familienoberhauptes“. Wo bisher der Ehemann und seine Entscheidung allein galten, in der Namensführung, Staatsangehörigkeit, Heimatzuständigkeit, Wohnsitz, Verfügung über Eigentum usw., gilt in Zukunft nur, was zwischen beiden Ehegatten einvernehmlich vereinbart ist oder, falls sie sich nicht einigen können, was das Gericht entscheidet. „Diese Bestimmung verleiht unseren Frauen allgemein die gleiche Rechtsstellung, wie sie die Bürgerinnen des Sowjetstaates genießen“, sagt dazu die Abgeordnete.

Damit ändert sich freilich auch einiges in den bisherigen Rechten der Frau zum Schlechteren: so namentlich ihr

Anspruch auf Alimente. Wie in der Sowjetunion soll nur die arme und arbeitsunfähige geschiedene Frau diesen Anspruch haben; als arbeitsunfähig gilt auch die ohne Schuld Geschiedene, die ihrer Kinder wegen nicht ein regelmäßiges Arbeitsverhältnis eingehen kann. Insgesamt aber verfolgt das neue Gesetz die Tendenz, auf eine immer stärkere eigene Einschaltung der Frau in den Wirtschaftsprozeß zu drängen und ihr dafür die Führung des Haushalts und die Kinderpflege abzunehmen. Man plant zu diesem Zwecke die „Einführung kollektiver Anstalten und Einrichtungen“.

Auch hinter der völligen Aufhebung der Unterschiede in der Rechtsstellung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern steht der Geist grundsätzlicher Sozialisierung: die rechtliche Schlechterstellung der unehelichen Kinder sei ein bürgerliches Mittel zu ihrer sozialen Diskriminierung gewesen, das nun fallen müsse.

So erweist sich die neue tschechoslowakische „Verfassung vom 9. Mai“ (dem Gedenktage des Einzugs der Roten Armee in Prag) auch ihrem Inhalt nach als ein weiträumiger Vorstoß sowjetischer Rechtsauffassung nach Westen und als ein radikaler Bruch mit der westlichen Tradition des „Bürgerlichen Gesetzbuches“. Der „Code civile“ wird dabei propagandistisch in einen „Code bourgeois“ umgedeutet. Man begreift an diesem einen Beispiel, dem, wie offiziell angekündigt ist, noch viele andere nachfolgen sollen, was der angebliche „Abschiedsbrief Masaryks an Stalin“ unter der inneren Sowjetisierung des CSR meinte, begreift vielleicht auch, warum Benesch nach einem vollen Monat Zögerns dann doch sein Präsidentenamt niederlegte, bevor er diese neue Verfassung unterzeichnet hätte.

**Polnische Frage an die deutschen Katholiken**

Im Anschluß an die Debatte um den Papstbrief an die deutschen Bischöfe richtet die polnische katholische Presse, da sie die Zeit zu einer aufrichtigen Diskussion und einer vollen Klärung der Mißverständnisse zwischen den Glaubensbrüdern für reif erachtet, folgende Fragen an „alle, die sich in Deutschland mit dem Kreuz bezeichnen“: „Was habt ihr getan, um euer Volk von dem deutschen Irrweg des Stolzes und des Verbrechens zu überzeugen? Was habt ihr für eine Wiedergutmachung der Unbilden getan, welche Polen und anderen Völkern angetan wurden, an deren Mißhandlung ihr mittelbar oder unmittelbar Anteil genommen habt?“

**Der Religionsunterricht in den ungarischen Schulen**

Am Samstag, dem 14. August, erlosch die Frist, die von der ungarischen Regierung den Geistlichen, die an den jetzt verstaatlichten Schulen unterrichten, gesetzt wurde, um sich zu entscheiden, ob sie trotz des Verbotes des ungarischen Kardinalprimas Mindszenty den Unterricht fortsetzen wollten oder nicht. (Vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jg., H. 11, S. 497 f.) Nach einer Meldung des Organs der ungarischen Arbeiterpartei „Szabad Nep“ haben sich nur 15 Geistliche bereit erklärt, ihren Unterricht im bisherigen Rahmen fortzusetzen. Weitere 28 Geistliche erklärten, daß sie den zweistündigen Religionsunterricht, der in den staatlichen Schulen obligatorisch ist, übernehmen wollten. Die bisher von den Geistlichen besetzten 2100 Lehrstühle, die durch diesen Entschluß vakant geworden sind, sollen nun auf 1420 herabgesetzt werden, die am 20. August mit neuen Lehrkräften besetzt werden sollen.

**Aktivität der  
katholischen Laien  
in USA**

Es mutet uns in den europäischen Ländern eigenartig an, wenn in USA geklagt wird, die Priester könnten den anfallenden Aufgaben nicht gerecht werden, weil nur je ein Priester auf 650 Gläubige komme. Die Vereinigten Staaten sind heute eines der wenigen Länder, in denen kein Priestermangel besteht. Freilich sind bei der andersgearteten Struktur der katholischen Kirche in Amerika auch die Arbeitsmethoden der Priester andere. Vielfach erstrecken sich die Pfarreien über ähnlich ausgedehnte Räume wie bei uns in der Diaspora. Aber gerade wenn wir davon überzeugt bleiben, daß es reichlich Priester in Amerika gibt, so gewinnt die Tatsache, daß man auch dort sich ernstlich für die aktive Teilnahme der Laien an den christlichen Aufgaben einsetzt, eine ganz besondere Note. Es erhellt daraus, daß die Laienbewegung nicht allein aus der Not der Lage aufbricht, sondern daß sie auf einer tiefen inneren Gesinnung beruht. Auf einem Kongreß in Buffalo betonte Bischof Matthew F. Brady von Manchester: „Jeder Katholik muß an der ewigen Sendung Christi teilnehmen; das ist die Rolle jedes einzelnen Katholiken in der Kirche seit dem ersten Pfingstfest in Jerusalem bis heute!“ Die zahlreichen, auf dieser Versammlung der „Confraternity of Christian Doctrine“ vertretenen Bischöfe, Priester und Laien waren sich einig in der Anerkennung dieses Grundsatzes. Dem Charakter der Versammlung entsprechend beschäftigte man sich vor allem mit der Frage der religiösen Unterweisung. Es wurde festgestellt, daß die amerikanischen Katholiken in ihren Pfarrschulen mehr als zwei Millionen Kinder erfassen. Doch steht eine nahezu ebenso große Zahl von Kindern noch ohne genügende religiöse Unterweisung da. Für sie sind besonders die Ferienschulen eingerichtet, durch die man etwa dreiviertel Millionen Kindern jeden Sommer je 60 Religionsstunden erteilen lassen kann. Weniger auf die Hilfe des Staates gestützt, zeigen die Katholiken der Vereinigten Staaten ein waches Verantwortungsgefühl für die Anliegen der Kirche und übertreffen darin wohl vielfach die Bevölkerung traditionsgebundener katholischer Gebiete Europas.

**Statistisches  
aus USA**

Aus dem neuen „Catholic Directory“ für die Vereinigten Staaten, das vor kurzem erschien, lassen sich die folgenden Angaben entnehmen. Die Zahl der Gläubigen ist im vergangenen Jahre um 807 524 gewachsen, 25 Bischöfe wurden neu ernannt. Besonders erstaunlich ist für uns, die wir in Deutschland einen großen Priestermangel zu verzeichnen haben, das Ansteigen der Zahl der Priester auf 41 747, das bedeutet einen Zuwachs von 1277. Im Studium oder in den Noviziaten der Ordensgenossenschaften befinden sich 23 701 Theologiestudenten. Die Zahl der Pfarreien beläuft sich auf 14 905, davon erhielten 196 im Laufe des vergangenen Jahres zum ersten Mal einen eigenen Seelsorger. Unerwartet angestiegen ist die Zahl der Studenten an katholischen Universitäten und Hochschulen, sie hat sich in den letzten zwei Jahren fast verdoppelt und wird jetzt mit 220 226 angegeben. Inmitten der Flut von Ehescheidungen, die unsere Zeit zu beklagen hat, ist es erfreulich, daß die kirchlichen Trauungen um 48 821 anstiegen, während 907 294 Taufen zu verzeichnen sind.

**Wie hoch ist der  
Familienlohn?**

Die Forderung eines gerechten Familienlohnes, der den industriellen Arbeiter instandsetzt, ohne Mithilfe von Frau und Kindern die Familie zu unterhalten, gehört nach der Enzyklika „Quadragesimo anno“ zu den wichtigsten Anliegen des katholischen Sozialprogramms. Man vermißt aber, wie L. J. Twomey SJ in der Zeitschrift „America“ (17. 7. 1948) feststellt, daß diese Forderung von den katholischen Sozialwissenschaftlern konkret umschrieben würde. Es ist notwendig zu wissen: was gehört zum Unterhalt einer Familie und was kostet dieser Unterhalt. Dann erst können die Forderungen der Sozialethik bei den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien des Arbeitsmarktes in die Debatte geworfen werden. Die katholische Sozialwissenschaft sollte es sich angelegen sein lassen, die Anwendung ihrer Prinzipien durch Tatsachenforschungen zu unterstützen.

In USA ist man von anderer Seite daran gegangen, den Dollarwert des Familienlohnes statistisch zu ermitteln. Das Büro für Arbeitsstatistik hat im Auftrage des zuständigen Ausschusses im Repräsentantenhaus weitläufige Untersuchungen darüber angestellt, was eine Arbeiterfamilie in der Großstadt zum Leben braucht, wenn man einen mittleren Lebensstandard zugrundelegt. Dazu gehören nach Ansicht des Büros: Alleinige Erwerbstätigkeit des Mannes und Haushaltsführung durch die Frau ohne Mithilfe bezahlter Kräfte; eine Wohnung von 5 Räumen für die Normalfamilie mit zwei Kindern, incl. Bad, fließendem Warmwasser, Küche mit Kühlschrank, Elektroherd, elektrischen Hilfsgeräten und elektrischer Waschmaschine; ferner Ausgaben für Lektüre, Erholung, Schönheitspflege, Tabak, Lernmittel für die Kinder, Geburtstags- und Weihnachtsgeschenke auch an befreundete Personen außerhalb der Familie, Lebensversicherung, Berufsbeiträge, Fahrtkosten usw. Es wird betont, daß man sich von allen extravaganten Forderungen freigehalten und nur diejenigen Ausgaben veranschlagt habe, die „zu einem Lebensstandard notwendig sind, der nach der allgemeinen Meinung in USA als angemessen betrachtet wird.“

Dabei ist man in den verschiedenen Großstädten zu Ergebnissen gelangt, die voneinander um höchstens 454 Dollar differieren. Das Leben unter den geschilderten Voraussetzungen kostet in New Orleans 3004 Dollar, in Washington 3 458 Dollar. Die anderen Städte liegen dazwischen. Zur Bestreitung dieser Ausgaben würde ein Wochenlohn von 57,77 Dollar oder bei vierzigstündiger Arbeitszeit ein Stundenlohn von 1,44 Dollar erforderlich sein.

Der Verfasser des Artikels in der Zeitschrift „America“ knüpft an diese Ermittlungen einige Betrachtungen über die tatsächlichen Lohnverhältnisse in den Vereinigten Staaten. Nach den Erhebungen des Federal Reserve Systems hatten im Jahre 1946 57% der amerikanischen Familien, darunter 69% aller Arbeiterfamilien, weniger als 3000 Dollar Jahreseinkommen. Man müsse sich fragen: Was ist in Unordnung im Wirtschaftssystem des reichsten Volkes der Welt, wenn es weniger als der Hälfte der amerikanischen Familien zu einem Einkommen verhilft, das als genügend angesehen werden kann, um einen „bescheidenen jedoch angemessenen Lebensstandard“ zu gewährleisten? Twomey zieht den Schluß, die amerikanische Wirtschaft „schreie nach einem Heilmittel, wie es ‚Quadragesimo anno‘ vorschlägt“: der Ersetzung des reinen Marktprinzips durch die Zusammenarbeit der Beteiligten am Produktionsprozeß.

Für die  
Gewerkschaftsfreiheit  
in Chile

In einem offenen Brief an das chilenische Volk stellte der Erzbischof von Santiago, Kardinal Rodriguez, klare soziale Forderungen gegenüber der Regierung auf. Er fußt dabei auf den Grundsätzen, die Pius XII. am 2. Juni d. J. vor dem Kardinalskollegium entwickelte. Anlaß zu dem Brief gaben die scharfen Maßnahmen der Regierung gegenüber den Gewerkschaften infolge der wohl kommunistisch inspirierten Streiks des vergangenen Jahres. Der Kardinal schreibt u. a.: „Es ist billig, daß die, die unter menschenunwürdigen Lebensverhältnissen zu leiden haben, das Recht besitzen, sich zu verteidigen und an einer Besserung der Verhältnisse zu arbeiten. Auch der Papst hat betont, daß den Arbeitern nach dem Naturrecht zusteht, Vereinigungen zu ihrem Schutz und zur Besserung ihrer materiellen und moralischen Lage zu gründen. Der Staat darf sich also nicht — nach der Gerechtigkeit kann er es auch nicht — den Gewerkschaften widersetzen, deren Bestehen einem natürlichen Rechte der menschlichen Person entspricht. Deshalb ist es nicht zulässig, daß der Gesetzgeber das Recht der Arbeiterorganisationen in einem solchen Maße beschränkt, daß diese in ihrer Tätigkeit illusorisch werden... Der Staat muß die Rechte und die Freiheit der Arbeiter anerkennen und darf keinen Druck ausüben, indem er die Gewerkschaften reglementiert. Diese müssen frei die Mittel wählen können, die sie für die geeignetsten halten, um ihre berechtigten Ziele zu erreichen.“ Des weiteren erklärte der Kardinal: „Wir wollen nicht sagen, daß die öffentliche Gewalt nicht berechtigt ist, das Recht auf Gesellschaftsbildung einzuschränken, wenn es sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Gerechtigkeit als notwendig erweist. Es kann selbst Fälle geben, wo die Auflösung eines Verbandes gerechtfertigt ist... Aber ich bin überzeugt, daß unsere Gesetzgeber einen Weg finden, um die Unterdrückung von Mißbräuchen mit dem Schutz des Rechtes selbst in guter Weise zu vereinen...“. Gleichzeitig setzte sich der Kardinal für den Wohnungsbau ein, den er als eine dringende Pflicht hinstellte, da für 400 000 Menschen angemessene Wohnräume fehlen. Auch eine Erhöhung der Löhne schien dem chilenischen Oberhirten notwendig. Er anerkannte zwar eine Besserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Laufe der letzten Jahre, glaubte indes darauf hinweisen zu müssen, daß „eine Erhöhung des Einkommens der Arbeiter eine sehr fühlbare Besserung des allgemeinen Wohlstandes begründen und den Stoff für soziale Unruhen und für eine Revolution beseitigen“ würde.

## Ökumenische Nachrichten

Eine  
Katholische Stimme  
zur Tagung  
des  
Ökumenischen Rates

Die Zeitschrift der französischen Jesuiten, „Etudes“, bringt in ihrer Nummer von Juli-August einen umfangreichen Aufsatz von P. Robert Rouquette: „Les Mouvements Oecuméniques“ (Die Ökumenischen Bewegungen). Der Aufsatz zeigt die Problematik der nichtkatholischen christlichen Kirchen, ihre Zersplitterung und ihr Ringen um Einheit auf. „Zweifellos ist die Ökumenische Bewegung eine der großen Tatsachen der Religionsgeschichte unserer Zeit“, sagt P. Rouquette. „Ihre außerordentliche Bedeutung liegt jedoch nicht in den Einrichtungen, die sie schaffen, in der positiven Einheit, zu der sie führen will: ihre Einrichtungen

werden noch auf lange Zeit etwas Außerliches bleiben, und was eine wirkliche Einheit der nichtrömischen Christenheit betrifft, so ist sie weit davon entfernt, verwirklicht zu sein, man beginnt vielmehr eben erst, sie zu suchen. Trotzdem hat die Ökumenische Bewegung schon heute ein beträchtliches historisches Gewicht, weil sie in den aus der Reformation hervorgegangenen Kirchen eine psychologische Umwälzung eingeleitet hat, die man wunderbar nennen muß.“

Nach einem historischen Rückblick auf die Entstehung der Zersplitterung der Christenheit und einer Skizzierung der Ökumenischen Bewegung vor 1939 wird die Zusammensetzung, der Aufbau und die Arbeit des Ökumenischen Rates geschildert und der gegenwärtige Zustand partieller Einigungsverwirklichungen dargestellt. Zum Schluß gibt P. Rouquette seiner eigenen Ansicht über die Aussichten der Ökumenischen Tagung in Amsterdam, der Ökumenischen Bewegung überhaupt im gegenwärtigen Augenblick Ausdruck, als der „Meinung eines Beobachters von außen“.

„Wenn es bei Gelegenheit,“ so sagt er, „einem Beobachter von außen erlaubt ist, eine Meinung auszusprechen, so scheint es mir, daß unter den gegebenen Umständen der erste Schritt zur Einheit tatsächlich nicht darin besteht, eine dogmatische Einheit zu suchen. Zuerst ist eine psychologische Umstellung notwendig: wäre es nicht an erster Stelle nötig, darauf zu verzichten, die Einheit blind nach Methoden zu erstreben, die bisher zur Anarchie geführt haben? Müßte es nicht das Erste sein, die Selbstüberwindung aufzubringen, anzuerkennen, daß zentrifugale Werkzeuge von Gott nicht dazu bestimmt sein können, Einheit zu bewirken? In positiver Hinsicht würde das von seiten der protestantischen Theologen eine Geistes- und Willenshaltung einschließen, die, noch bevor sie weiß, wie die Autorität durch die Una Sancta ausgeübt werden soll, sich bereit macht, diese Autorität anzunehmen. Warum? Weil die Erfahrung lehrt, daß die Autorität der Kirche das einzig mögliche, daher auch das einzig von Gott gewollte Mittel ist, seine Botschaft den Menschen zu erklären.“

Man verstehe mich recht: ich schlage hier nicht die Annahme des naiv oder „jesuitisch“ aufgefaßten katholischen Autoritätsprinzips vor, sondern nur eine Disponibilität für die Autorität der Kirche überhaupt, eine Disponibilität, die kein Vorurteil gegenüber der Art und Weise, wie die Kirche diese Autorität ausübt, haben darf.

Gewiß, dieser Disponibilität würden sich sehr schwierige Probleme stellen, wenn es sich darum handelt, festzulegen, wann und wie die Kirche diese ihre Autorität ausübt — auch wie sich diese Autorität mit dem Prophetismus verträgt, denn man darf nicht den positiven Reichtum verstümmeln, der sich in der Lehre von der freien Forschung verbirgt. Das erfordert vielleicht noch Jahrhunderte; aber zum mindesten gäbe es dann keine absolute Unmöglichkeit mehr, das Problem zu lösen: das Beispiel der Orthodoxen Kirchen mit ihrem Rückgriff auf die Tradition und ihrem sehr biegsamen Begriff des „sobornost“ beweist, daß eine a priorische Annahme der obersten Lehrautorität der Kirche zweifellos dem Protestantismus erlauben würde, eine wirkliche Einheit in der berechtigten Vielfalt zu finden...“

„Worin,“ so heißt es weiter, „besteht die ökumenische Mentalität? Zunächst in der tiefen Überzeugung, daß die Spaltung ein Übel, das Behagen in der Trennung eine